

2

85

Union in Deutschland

Bonn, den 17. Januar 1985

Schnelle Entscheidung zugunsten der Rentner

Die Rentner in der Bundesrepublik können fest mit der ihnen versprochenen Erhöhung ihrer gesetzlichen Alterseinkünfte um etwas mehr als ein Prozent nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrages zum 1. Juli 1985 rechnen. Eine Koalitionsrunde unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl einigte sich am Montag, 14. Januar 1985, nach knapp zweistündigen Beratungen darauf, den Krankenversicherungsbeitrag für Rentner statt um zwei lediglich um 1,5 Prozent auf insgesamt 4,5 Prozent anzuheben.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erklärte dazu: „Damit ist gewährleistet, daß die effektive Rentenanhebung zur Jahresmitte nicht unter ein Prozent absinkt.“

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellte der Bundestagsabgeordnete Adolf Müller-Remscheid fest: Mit großer Genugtuung nimmt die CDU/CSU zur Kenntnis, daß sich die Koalition auf eine Modifikation der Rentenanpassung im Jahre 1985 zugunsten der Rentner geeinigt hat. Bei einer Anhebung der dritten Stufe der Beteiligung der Rentner an den Beiträgen

(Fortsetzung Seite 2)

In dieser Ausgabe lesen Sie:

■ WAHLKÄMPFE

Der Kanzler spricht auf 20 Großveranstaltungen Seite 2

■ ABRÜSTUNG

CDU-Präsidium begrüßt die Wiederaufnahme der Genfer Gespräche Seite 3

■ INFORMATION

Katalysatorautos ab sofort steuerfrei Seite 4

■ ÖA

„Weitersagen“
Das neue Magazin für Ihre Verteilaktionen Seite 5—8

■ WIRTSCHAFT

Niedrigste Teuerungsrate seit 16 Jahren Seite 9

■ AGRARPOLITIK

Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe steht im Vordergrund Seite 10

■ VERFASSUNG

Aktive Umweltpolitik statt Manipulation am Grundgesetz Seite 11

■ BUNDESWEHR

Wehrpflichtige künftig früher über den Zeitpunkt ihrer Einberufung unterrichten Seite 14

■ DOKUMENTATION

Medienpolitische Grundsätze grüner Teil

■ WAHLKÄMPFE

Der Kanzler spricht auf 20 Großveranstaltungen

In den drei bevorstehenden Wahlkämpfen in Berlin, im Saarland und in NRW wird Helmut Kohl über 20 Großveranstaltungen bestreiten.

In Berlin:

20. Januar, Wahlkampfereignisveranstaltung

4. März, zwei weitere Großveranstaltungen

Die Berliner Wahlkampfereignisveranstaltung in der Deutschlandhalle steht unter dem Motto ein „Fest mit Freunden“. Die CDU will mit dieser Großveranstaltung zum Wahlkampfauftritt die Verbundenheit der Stadt mit den alliierten Schutzmächten, der Europäischen Gemeinschaft und den übrigen Bundesländern dokumentieren. Die Berliner Senatoren moderieren das bunte Programm. Es sprechen Bundeskanzler Helmut Kohl, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen.

Am Montag, dem 21. Januar, und Dienstag, dem 22. Januar, findet im Reichstag die traditionelle Berliner Tagung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Jahresanfang statt. Am Montagnachmittag beschäftigt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der wirtschaftlichen Situation in Berlin. Das Plenum hört unter anderem Vorträge von Wirtschaftsminister Pieroth sowie von Vertretern der IHK, DGB, DAG und Handwerkskammer.

Im Saarland spricht Helmut Kohl auf folgenden Kundgebungen:

25. Januar, 19.00 Uhr St. Ingbert

30. Januar, Grubenfahrt in die Grube Ensdorf

22. Februar, 18.00 Uhr Merzig, 20.00 Uhr Püttlingen

7. März, Saarbrücken — Wahlkampfereignisveranstaltung in der Saarlandhalle

Die übrigen Bundespolitiker werden zusammen in den drei Wahlkämpfen über 550 Veranstaltungen haben.

Die Kanzlertermine in Nordrhein-Westfalen veröffentlichen wir in einer späteren Ausgabe.

Fortsetzung von Seite 1

für ihre Krankenversicherung um lediglich 1,5 Prozent der Rente ist nunmehr eine effektive Rentenerhöhung von mehr als einem Prozent sichergestellt. Sollten sich die vorläufigen Daten des Statistischen Bundesamtes bestätigen — es schätzt den tatsächlichen durchschnittlichen Lohnanstieg in 1984 auf rd. 3 Prozent —, so dürfte der nominale Rentenzuwachs sogar deutlich über den ursprünglichen Annahmen des Regierungsentwurfs liegen.

Ungeachtet der von der früheren SPDgeführten Regierung verursachten kritischen Finanzlage der Rentenversicherung hat die Koalition von CDU/CSU und FDP an den tragenden Elementen der bewährten Rentenformel festgehalten: Danach bemißt sich die Anhebung der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente nach den Entgeltsteigerungen im jeweils vorausgegangenem Jahr. Eine Rente nach Kassensatz mit willkürlichen Anpassungssätzen wird es nicht geben.

■ ABRÜSTUNG

CDU-Präsidium begrüßt die Wiederaufnahme der Genfer Gespräche

Die Wiederaufnahme des Abrüstungsdialoges zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion hat die Richtigkeit der Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung Helmut Kohl bestätigt. Das Präsidium der CDU würdigte auf seiner Sitzung am Montag, 14. Januar 1985, die Standfestigkeit der Bundesregierung, die trotz der Agitation des Ostblocks, des politisch-publizistischen Drucks in der Bundesrepublik und des Wortbruchs der SPD am NATO-Doppelbeschluß festgehalten hat. Damit wurde das westliche Bündnis gestärkt und der Frieden in Freiheit gesichert.

Die CDU begrüßt die Übereinkunft über die Wiederaufnahme der Rüstungskontrollverhandlungen und sieht darin die Chance, zu einer echten ausgewogenen und gleichzeitigen Abrüstung in Ost und West zu kommen. Dies gilt insbesondere für die nuklearen Mittelstreckenwaffen der Sowjetunion, die auf Westeuropa gerichtet sind und deren Zahl ständig erhöht wird. Die CDU begrüßt die enge Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland sowie die schnelle und ausgiebige Information durch den Beauftragten des amerikanischen Präsidenten.

Die politische Entwicklung hat gezeigt, wie isoliert die Position der deutschen Sozialdemokraten innerhalb des westlichen Bündnisses ist. Durch die einseitige Übernahme sowjetischer Thesen und den Bruch des vom ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt gegenüber den Verbündeten gegebenen Versprechens hatte

die SPD die Verhandlungsposition der NATO geschwächt. Die Sozialdemokraten sind aufgefordert, ihre außen- und sicherheitspolitischen Aussagen zu überdenken und zu korrigieren.

Zu den Ergebnissen der Genfer Verhandlungen des amerikanischen und sowjetischen Außenministers erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle:

Erwartungen auf schnelle Ergebnisse sind allerdings nicht angebracht: Die Verhandlungsmaterie ist — wie sich schon in den START- und INF-Verhandlungen gezeigt hatte — ausgesprochen kompliziert. Auch haben sich in Genf — wie nicht anders zu erwarten war — starke Meinungsunterschiede zwischen beiden Seiten gezeigt. Deshalb wird es in künftigen Verhandlungen darauf ankommen, daß diese im Geiste des Interessenausgleichs durch politische Vorgaben vorangebracht werden und nicht in technischen Details steckenbleiben.

Durch die gesonderte Verhandlung der Mittelstreckensysteme kann sichergestellt werden, daß dem europäischen Interesse an der Reduzierung oder gänzlichen Beseitigung dieser Systeme vollständig Rechnung getragen wird. Für die Verhandlungen über diesen Bereich sollten die Erfahrungen aus den bisherigen INF-Gesprächen genutzt werden. Bei den Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Systeme können die Großmächte bei den im Dezember 1983 unterbrochenen START-Gesprächen ansetzen. Und bezüglich der Weltraumsysteme wird es darauf ankommen, die Möglichkeiten vorbeugender Rüstungskontrolle verantwortungsbewußt zu nutzen.

INFORMATION

Katalysatorautos ab sofort steuerfrei

Neue Katalysatorautos sind ab sofort von der Steuer befreit. Das Bundesfinanzministerium teilte mit, die Steuerbefreiung sei je nach Hubraumgröße auf bis zu zehn Jahren befristet. Sie gelte für Fahrzeuge, die mit einem elektronisch geregelten Katalysator ausgerüstet sind und einen Grad der Abgasentgiftung von 90 Prozent entsprechend amerikanischer Grenzwerte erreichen.

Auf die Steuerbefreiung ab sofort hätten sich die Finanzminister der Länder im Vorgriff auf entsprechende Bundesgesetze geeinigt, die aber noch nicht in Kraft seien. Die schadstoffarmen Neufahrzeuge müssen mit bleifreiem Benzin betankt werden. Von 1989 an dürfen keine anderen Fahrzeuge in der Bundesrepublik mehr neu zugelassen werden.

Niemand spricht mehr von Überkapazitäten

Zu dem durch die extremen Witterungsverhältnisse bedingten Energieverbrauch erklärt der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ludwig Gerstein: Die Außentemperaturen von über 20 Minusgraden haben dazu geführt, daß der Energieverbrauch bei den einzelnen Strom- und Gasversorgungsunternehmen überproportional anstieg. Niemand, auch nicht die Grünen, sprechen z. Z. von Überkapazitäten der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Die deutschen Versorgungsunternehmen haben in den letzten Wochen bewiesen, daß sie in der Lage sind, in Extremfällen die Energieversorgung sicherzustellen. Diese Leistung ist zu würdigen, nachdem die Energiewirtschaft von den Grünen ungerechtfertigt

angegriffen worden ist. Hier hatten wohl manche schon vergessen, wie kalt es auch bei uns werden kann. Der deutschen Energiewirtschaft ist es in hervorragender Weise gelungen, diese Situation zu meistern, dort gar keine Engpässe entstehen zu lassen. Dies zeigt erneut, daß wir über eine gute Mischung der Primärenergieträger in unserer Versorgung verfügen.

Stoltenberg sieht 1985 Trendwende am Arbeitsmarkt

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg rechnet in diesem Jahr mit einem realen Wirtschaftswachstum von rund drei Prozent. Die sich verstärkende wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung lasse auch eine erste spürbare Entlastung und eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt erwarten, meinte Stoltenberg auf einer Tagung des Bundes deutscher Nordschleswiger bei Flensburg.

In einem Interview der „Bild am Sonntag“ sagte Stoltenberg, die Zahl der Beschäftigten könne 1985 bis zu 250 000 zunehmen. Eine „eiserne Haushaltsdisziplin“ müsse jedoch beibehalten werden, um einen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung und einen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen.

Berufsausbildung: 50 Mill. DM für neue Technologien

Neue Technologien, vor allem der elektronischen Datenverarbeitung, sollen in der beruflichen Bildung verstärkt angewendet werden. Das sieht ein Aktionsprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft vor, für das bis 1987 50 Mill. DM zur Verfügung gestellt werden.

Das Programm, das von der Ministerin Dorothee Wilms in Bonn vorgestellt wurde, zielt vor allem auf Mittel- und Kleinbetriebe. Die Großbetriebe lösen die Probleme der Qualifizierung in der Regel aus eigener Kraft, meinte Frau Wilms.

Öffentlichkeitsarbeit

Weitersagen!

Weitersagen!

1985 geht es weiter aufwärts

**In unserer Wirtschaft
und im Export:**

3 % Wirtschafts-Zuwachs bringen Arbeitsplätze. Und 7 % Exportsteigerung erst recht.

In der Umweltpolitik:

Jetzt kommt das umweltfreundliche Auto und die Schadstoff-Filler. Die Luft wird sauber.

In der Sozialpolitik:

Frauen, Alleinerziehende und Familien mit Kindern werden gerechter behandelt und bessergestellt.

Im Arbeitsmarkt:

Die Arbeitslosigkeit wächst nicht mehr, sondern wird abgebaut. Auch die Kurzarbeit sinkt weiter. Unser Wirtschaftswachstum belebt den Arbeitsmarkt: 1985 werden bis 300.000 Arbeitnehmer zusätzlich Arbeit finden.*

**Die wissenschaftlichen
Voraussagen* zum
Wirtschaftswachstum 1985:**

Das reale Wirtschaftswachstum wird – anders als noch wenige Monate zuvor ungenügend – nicht um nur 2,5 % weiter wachsen. Die Prognose lautet:

+3,0%

Die Warenexporte sind für unsere Wirtschaft lebenswichtig. Erfolgreich ist deshalb die Voraussage:

+7,0%

Die Ausrüstungs-Investitionen (z. B. für neue Maschinen) bringen die Wirtschaft in Schwung. Die Sachverständigen sagen eine Steigerung voraus:

+10,0%

Die Preise sind jetzt stabil (nur noch 2 % Preissteigerung), das Einkommen steigt. Das bedeutet: Mehr Geld für die Arbeitnehmer:

+4,5%

*Voraussetzungen: 84-85 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom Jahresanfang 1985.



Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die Chancen zu einem langen Aufschwung haben wir uns gemeinsam erarbeitet. Mit soliden Finanzen und Augenmaß haben wir der Bundesrepublik Deutschland neue Perspektiven für unsere Zukunft eröffnet. Auf dem Weg zu einer stabilen wirtschaftlichen und sozialen Lage sind wir ein großes Stück vorangekommen. Unsere Politik der Erneuerung stärkt die schöpferischen Kräfte, die uns voranbringen.

Weitersagen und weitertragen müssen wir auch 1985 die Erfolge der Regierung Helmut Kohl. Hierzu ist die neue, zwölfseitige Illustrierte der CDU-Bundesgeschäftsstelle das ideale Verteilmittel für die Parteikaktionen der nächsten Wochen. Umfassend und detailliert werden die Leistungen der CDU-geführten Bundesregierung den Lesern verdeutlicht.

Alle CDU-Kreisverbände erhalten wie gewohnt eine Grundaussstattung zur Verteilung. Die Illustrierte kann auch beim IS-Versandzentrum bestellt werden.

Mindestabnahme: **250** Expl.

Preis pro Mindestabnahme: **43,— DM**

Bestell-Nr.: **2602**

Achtung:

Landtagswahlkämpfe

Für die wahlkampfführenden Landesverbände Berlin, Saarland und in Nordrhein-Westfalen gibt es regionalisierte Sonderausgaben. In Berlin und im Saarland erfolgt der Versand in Absprache mit den Landesverbänden zentral. In Nordrhein-Westfalen wird der Versand über das IS-Versandzentrum Ende Januar abgewickelt.

Öffentlichkeitsarbeit

Weitersagen!

Weitersagen!

1985 geht es weiter aufwärts

In unserer Wirtschaft
und im Export:
In der Sozialpolitik:
In der Arbeitsmarkt:

Die wertschöpfenden
Voraussetzungen zum
Wirtschaftswachstum 1985:

- +3,0%
- +7,0%
- +10,0%
- +4,5%

Weitersagen!

Keine Regierung hat mehr für unsere Umwelt getan: Keine in Deutschland, keine in Europa.

Das haben wir schon erreicht:

- Die USA haben sich verpflichtet...
- Die EU hat 1984...
- 1984 hat...
- 1984...
- 1984...

Wir haben der Wirtschaft neuen Schwung gegeben: Jetzt können neue Arbeitsplätze entstehen.

Seit 1983 im Plus: Wirtschaftswachstum

So geht es aufwärts:

Weitersagen!

Noch nie hat eine Bundesregierung mehr für Sozialleistungen ausgegeben als diese.

So wird liberaler:

Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt:

1982:	24%
1983:	25%
1984:	27%
1985:	33%

Zunahme der Sozialleistungen in der Bundesrepublik Deutschland:

1982:	624,4 Milliarden Mark
1983:	637,2 Milliarden Mark
1985:	624,7 Milliarden Mark

+19%

Weitersagen!

Die Sparsamkeit der Bundesregierung hat sich ausgezahlt: Stabile Preise, weniger Steuern, mehr Einkommen.

Das haben wir erreicht:

Weitersagen!

Unser 10-Milliarden-Familienpaket hilft auch Jugendlichen, Alleinerziehenden und Frauen.

Das haben wir erreicht:

- Einzelkindergeld...
- Familienbonus...
- Kindergeldzuschlag...
- Kindergeld für junge Arbeitnehmer...
- Elterngeld...

Öffentlichkeitsarbeit

Fünf Thesen
zur Umweltpolitik

**Zum Schutz
der Natur –
Zum Wohle
des Menschen**

CDU
sicher
sozial
und frei

Boden und Landschaft

**Gemeinsam müssen wir
unsere Umwelt schützen**

Dokumentation des Fachkongresses der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands

CDU
sicher
sozial
und frei

Bundeskanzler Helmut Kohl



**Erfolgreiche
und zielstrebige
Regierungspolitik**

Faltblatt: „Zum Schutz der Natur – Zum Wohle des Menschen“ Fünf Thesen zur Umweltpolitik

Das Faltblatt erläutert wichtige umweltpolitische Fragen am Beispiel von fünf Thesen:

- Umweltschutz muß nüchtern und mit Augenmaß betrieben werden.
- Wir brauchen mehr Marktwirtschaft im Umweltschutz.
- Ohne technischen Fortschritt gibt es keinen wirksamen Umweltschutz.
- Die internationale Zusammenarbeit muß verstärkt und besser abgestimmt werden.
- Wir brauchen eine neue Solidarität mit der Natur.

Mindestabnahme: 100 Expl. ★ Preis pro Mindestabn.: 10,— DM ★ Bestell-Nr.: 2608

Broschüre: „Boden und Landschaft“ Gemeinsam müssen wir unsere Umwelt schützen

Die Broschüre ist eine Dokumentation des CDU-Fachkongresses am 13. November 1984 und gibt die dort gehaltenen Vorträge wieder.

Mindestabnahme: 50 Expl. ★ Preis pro Mindestabn.: 26,50 DM ★ Bestell-Nr.: 5607

Broschüre: „Erfolgreiche und zielstrebige Regierungspolitik“ Mit Zuversicht in eine menschlichere Zukunft

Die Broschüre enthält die Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich der zweiten Beratung des Haushaltsgesetzes 1985. Offensiv erläutert der Bundeskanzler die grundlegenden Entscheidungen der Außen- und Deutschlandpolitik. Die Erfolge der Wirtschaftspolitik werden umfassend dargestellt und Perspektiven für die Zukunft aufgezeigt.

Mindestabnahme: 50 Expl. ★ Preis pro Mindestabn.: 20,— DM ★ Bestell-Nr.: 3605

■ WIRTSCHAFT/FINANZEN

Niedrigste Teuerungsrate seit 16 Jahren

Das Bruttosozialprodukt ist im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik real um 2,6 Prozent gestiegen. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gab diese inflationsbereinigte Zahl für 1984 bekannt. Es bestätigte zugleich, daß die Teuerungsrate mit 2,4 Prozent 1984 ihren niedrigsten Stand seit 1969 erreicht hat.

Damit wurde die Vorhersage eines 2,5-Prozent-Wachstums der Bundesregierung von Beginn des letzten Jahres noch leicht übertroffen. 1983 war das Bruttosozialprodukt nur um 1,3 Prozent gestiegen. Offenbar wurden die streikbedingten Produktionsausfälle im Verlauf des Jahres wieder aufgeholt.

Den Zuwachs der Arbeitnehmereinkommen für 1984 bezifferte das Statistische Bundesamt unter großen Vorbehalten mit knapp drei Prozent. Die Statistiker wiesen darauf hin, daß sich das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit wegen der auf den Jahresanfang 1984 vorgezogenen Sonderzahlungen besonders schwer schätzen ließ.

Dazu schreibt die Presse:

Die Statistiker in Wiesbaden unterstützen mit ihrer Aufschlüsselung des Bruttosozialproduktes 1984, was in den letzten Monaten schon von einzelnen Wirtschaftszweigen gesagt worden ist: Wir haben alle im vergangenen Jahr kräftig in die Hände gespuckt. Das Ergebnis: Der Wert der von uns erwirtschafteten Leistungen stieg an.

Was heißt das? Gehälter und Löhne zum Beispiel stiegen wirklich an. Die Tariferhö-

hungen wurden nicht durch die Inflation aufgezehrt. Die nämlich sank auf den niedrigsten Stand seit 1969. Zugleich sanken die Zinsen. Das merkte, wer einen Kredit brauchte oder Gespartes anlegen wollte. Bauherren durften sich freuen: Die Hypotheken wurden billiger.

Neue Rhein-Zeitung, 11. Januar 1985

Ohne Zweifel haben Bundesregierung und Bundesbank mit ihrer Politik zu dieser günstigen Entwicklung beigetragen: durch sparsamere Haushaltsführung, verbesserte Rahmenbedingungen und Leistungsanreize haben sie die Plattform geschaffen, auf der diese erfreuliche Entwicklung gedieh.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 11. Januar 1985

Zahlen sind unbestechlich. Jene Zahlen, die das Statistische Bundesamt über Wachstum, Inflationsraten und Geldwert im Jahre 1984 liefert, besagen, daß wir allen Zweifeln zum Trotz das zweite Aufschwungjahr erlebt haben. Dieses Bild wird noch klarer, wenn es mit den beiden Rezessionsjahren 1981 und 1982 verglichen wird. Damals ging das vielzitierte Bruttosozialprodukt eindeutig zurück.

... Die jetzige Regierung der Wende kann für sich das große Verdienst in Anspruch nehmen, mit der Sanierung der öffentlichen Finanzen, mit Entlastungen für die Wirtschaft und einer antiinflationären Geldpolitik tatkräftig den Aufschwung eingeleitet zu haben. Vermutlich wird die Wachstumsrate 1985 sogar drei Prozent deutlich übersteigen.

Fankfurter Neue Presse, 11. Januar 1985

■ AGRARPOLITIK

Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe steht im Vordergrund

Die Agrarpolitik stand im Jahre 1984 so im Vordergrund des politischen Geschehens wie noch selten in ihrer Geschichte. Die Situation auf den wichtigsten Agrarmärkten der Europäischen Gemeinschaft hatte sich in den vergangenen Zeiten so weit zugespitzt, daß schließlich die finanzielle Basis der gemeinsamen Agrarpolitik in Gefahr geriet, erklärte Egon Susset, Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ein weiteres Hinausschieben notwendiger Anpassungsmaßnahmen wäre in dieser Situation unverantwortlich gewesen. Es hätte in weiten Teilen den völligen Zusammenbruch der Marktordnungen bedeutet. Die Beschlüsse vom März vergangenen Jahres sind leider nicht ohne schmerzliche Eingriffe bei vielen landwirtschaftlichen Betrieben verlaufen. Insbesondere auf dem Milchmarkt waren Belastungen unvermeidbar.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte bereits zu Beginn der Verhandlungen in Brüssel deutlich gemacht, daß sie den Landwirten in dieser schwierigen Zeit wirksam helfen wird. Wir haben daher ein umfassendes Konzept vorgelegt und realisiert.

■ Kernpunkt des Maßnahmenpakets ist die Anhebung der Vorsteuerpauschale für Landwirte um 5 Prozentpunkte. Die Laufzeit für den Satz von 13 Prozent reicht bis zum 31. Dezember 1988; der reduzierte Satz von 11 Prozent ist zunächst bis zum 31. Dezember 1991 befristet.

■ In einer umgehend eingeleiteten Aktion wurden von staatlicher Seite Milchmengen aufgekauft. Damit entsteht eine Manövriermasse für die Berücksichtigung von Härtefällen und der Mengenabzug im Einzelbetrieb kann spürbar vermindert werden.

■ Bei der Garantiemengenbemessung für Milch wird neben der Produktionssteigerung im Zeitraum 1981 bis 1983 die Gesamtanlieferung der Betriebe einbezogen. Kleinere Betriebe ohne Steigerung brauchen ihre Produktion lediglich um 2 Prozent zurückzufahren. Große Betriebe haben einen Solidarbeitrag bis zu 12,5 Prozent zu erbringen. Durch diese soziale Komponente werden kleinere und mittlere Betriebe deutlich entlastet.

■ Für die landwirtschaftliche Unfallversicherung werden die Bundesmittel ab 1985 um 121 Millionen Mark auf 400 Millionen Mark aufgestockt. Das bedeutet eine spürbar Entlastung der Betriebe von den hohen Ausgaben für die soziale Absicherung.

■ Ab 1. Januar 1985 ist eine deutlich verbesserte Förderung in benachteiligten Gebieten angelaufen. Bund und Länder werden zusammen insgesamt 315 Millionen Mark gegenüber 108 Millionen im Jahr 1984 zur Verfügung stellen, damit sind die Voraussetzungen geschaffen, sowohl den Höchstbetrag in der Ausgleichszulage auf 240 Mark je Großvieheinheit und Hektar anzuheben, als auch die gesamten benachteiligten Agrarzonen mit insgesamt vier Millionen Hektar einzubeziehen.

Dieses breit angelegte Konzept bringt für viele Betriebe den vollen Ausgleich der durch die Brüsseler Beschlüsse verursachten Einkommenseinbußen.

Die zukünftige Agrarpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird darauf ausgerichtet sein, die knappen Marktkapazitäten dem bäuerlichen Familienbetrieb zu sichern. Die Erfahrungen auf dem Milchmarkt haben gezeigt, wie schwer es ist, unter hohem Zeitdruck zu handeln.

■ VERFASSUNG

Aktive Umweltpolitik statt Manipulation am Grundgesetz

Die Regierung Helmut Kohl betreibt eine beispielhafte Umweltpolitik, die in Europa ihresgleichen sucht. Um so bemerkenswerter ist es, daß neuerdings immer häufiger die Forderung nach einer Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz erhoben wird. So hat die noch von der alten Bundesregierung eingesetzte Kommission „Staatszielbestimmungen/Gesetzgebungsaufträge“ in ihrem Bericht unter anderem die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz empfohlen. Sowohl dem Bundesrat als auch dem Bundestag liegen gegenwärtig verschiedene Anträge vor, die sich am Mehrheits- und am Minderheitsvotum der Kommission orientieren und auf eine Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz abzielen.

Die Union hat sich eingehend mit der Frage auseinandergesetzt, ob durch eine Änderung des Grundgesetzes noch mehr für die Umwelt getan werden kann. Bereits am 28. Mai 1984 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Expertenanhörung durchgeführt, die weit über den Kreis der Fraktion hinaus Beachtung gefunden hat. Bemerkenswert war dabei die Übereinstimmung in den Auffassungen und Schlußfolgerungen. Man kann sogar das Ergebnis in einem Satz zusammenfassen: „Hände weg vom Grundgesetz“.

Wegen der politischen Bedeutung dieser Frage hat das CDU-Präsidium gleichwohl eine eigens eingesetzte Kommission unter der Leitung des stellvertretenden Parteivorsitzenden Bernhard Worms beauf-

tragt, ausführlich alle rechtlichen und politischen Aspekte einer möglichen Grundgesetzänderung zum Zwecke der Verankerung des Umweltschutzes als Staatsziel zu prüfen und Entscheidungshilfen für das Präsidium zu erarbeiten. Seinen Bericht über die Beratungen hat Bernhard Worms inzwischen dem Präsidium und der Bundestagsfraktion vorgetragen.

Wie zuvor bereits das Präsidium, so hat sich am 11. Dezember 1984 auch die Bundestagsfraktion nahezu einstimmig gegen eine Änderung des Grundgesetzes ausgesprochen.

Ausschlaggebend waren dafür im wesentlichen folgende Gründe:

1. Wirksame Umweltpolitik bedarf keiner Verfassungsänderung. Grundrechte und die Kompetenznormen des Grundgesetzes bieten dem Staat umfassende Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Die erfolgreiche Umweltpolitik der unionsgeführten Bundesregierung ist der beste Beweis dafür.

2. Aus guten Gründen, nicht zuletzt wegen der leidvollen Erfahrungen mit der Weimarer Verfassung, enthält das Grundgesetz nur wenige Staatszielbestimmungen. Neben den Organisationsnormen stellt das Grundgesetz bewußt die Grundrechte und nicht die Staatsziele in den Vordergrund.

3. Der Hinweis auf einige Landesverfassungen ist für das Grundgesetz bedeutungslos. Diejenigen Landesverfassungen, die den Umweltschutz ausdrücklich auführen, sind völlig anders strukturiert. So enthält zum Beispiel die bayerische Verfassung zahlreiche Programmbestimmungen, die ohne eine völlige Neufassung des Grundgesetzes nicht übernommen werden könnten.

4. Man braucht auch keine prophetischen Gaben, um vorhersagen zu können, daß die Aufnahme des Staatszieles Umweltschutz die Forderung nach Aufnahme weiterer Staatszielbestimmungen, wie zum Beispiel Kultur- oder Datenschutz, nach sich ziehen würde. Damit würde das Grundgesetz nach und nach zu einem bloßen Warenhauskatalog entwertet.

5. Mißdeutungen, insbesondere durch Rechtsprechung und Wissenschaft, wären bei Aufnahme eines Staatsziels Umweltschutz in das Grundgesetz nicht auszuschließen.

6. Durch die Staatszielbestimmung Umweltschutz würde eine einseitige, nicht zu verantwortende Gewichtsverschiebung zu Lasten anderer Staatsziele erfolgen, die nicht ausdrücklich im Grundgesetz aufgeführt sind.

7. Durch eine Staatszielbestimmung Umweltschutz würden bei vielen Bürgern übersteigerte Erwartungen geweckt, die notgedrungen in der Verfassungswirklichkeit enttäuscht werden müßten. Dies würde zu einer Vergiftung des politischen Klimas und einer negativen Einstellung vieler Bürger gegenüber unserem demokratischen Rechtsstaat führen.

8. Die Wahrung der Umweltbelange ist Sache der politischen Gestaltungsfreiheit des parlamentarischen Gesetzgebers. Im Konfliktfall würde dagegen eine Staatszielbestimmung Umweltschutz eine Verlagerung der Entscheidung vom politisch legitimierten Gesetzgeber auf den ansonsten zur Einzelfallentscheidung im Rahmen gesetzlicher Festlegung berufenen Richter führen. Die Folge wäre eine weitere unerwünschte „Verrechtlichung“ der Politik. Zugleich bestünde die Gefahr einer zunehmenden Politisierung der Justiz.

9. Mit der Forderung einer Staatszielbestimmung Umweltschutz versuchen unsere politischen Gegner, von den Erfolgen der Umweltpolitik der Union abzulenken. Alle verantwortlichen Politiker der Union müssen sich deshalb darum bemühen, nicht nur überzeugende Umweltpolitik zu treiben, sondern diese Politik auch den Bürgern zu vermitteln.

10. Statt einer feierlichen, möglichst wohlklingenden Einbettung des Umweltschutzes in das Grundgesetz erwarten die Bürger eine zielstrebige, aktive und langfristige Umweltpolitik. Deshalb gilt es, auf dem von der Bundesregierung vorgezeichneten Weg voranzuschreiten.

11. Keine andere Partei hat so klar und entschieden die Probleme des Umweltschutzes erkannt und ihre Lösungen in Angriff genommen wie die Union. Bereits das Grundsatzprogramm der CDU aus dem Jahr 1978 hat die herausragende Bedeutung des Umweltschutzes unterstrichen: „Wirtschaftliches Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern es ist vielmehr die Voraussetzung, um Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen, unser bewährtes System der sozialen Sicherung zu erhalten, die öffentlichen Aufgaben zu finanzieren, den Verteilungskampf zu entschärfen, individuelle Freiräume zu sichern und nicht zuletzt unsere Verpflichtung gegenüber den Entwicklungsländern zu erfüllen. Wo Wachstum zu einer unvermeidbaren Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt führt, muß notfalls auf solches Wachstum und damit verbundene Einkommensmehrung verzichtet werden.“ (Ziffer 84)

§ 1 des Stabilitätsgesetzes fordert Bund und Länder auf, bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Diese Maßnahmen sind so zu treffen, „daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen“. Die Regierung Helmut Kohl hat dieses sogenannte magische Viereck längst um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu einem umweltbewußten Fünfeck erweitert.

Umwelt und Grundgesetz müssen gleichermaßen vor Gerümpel geschützt werden. Aktive Umweltpolitik bedarf keiner Manipulation am Grundgesetz.

■ MEDIEN

WDR steht SPD-Landesregierung zu nahe

Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) erscheint seinen Fernsehzuschauern und Hörern offensichtlich nicht als politisch unvoreingenommen. Bei einer repräsentativen Meinungsumfrage des Emnid-Instituts erklärten 63 Prozent der Befragten, der WDR „steht der SPD-Landesregierung zu nahe“. Unter Arbeitern äußerten sogar 71 Prozent diese Ansicht. Nur ganze sechs Prozent meinten dagegen: „Der WDR steht zu weit auf der Seite der CDU“.

Über ein Drittel der Befragten meinte, beim WDR herrsche „Postenklüngerei“ und es werde zu großzügig mit Geld umgegangen. Besonders ausgeprägt war

diese Kritik in der Gruppe der Beamten (56 bzw. 50 Prozent). Relativ häufig wurde auch Kritik daran geübt, daß der WDR versuche, „die Leute zu belehren“ (27 Prozent) und daß viele Redakteure mit den Alternativen/Grünen zu sympathisieren schienen (25 Prozent der Befragten).

Die Ergebnisse dieser Meinungsumfrage, die im Auftrag des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt wurde, ist jetzt zur gleichen Zeit bekanntgeworden, wie die schon zu Beginn des vergangenen Jahres durchgeführte Höreranalyse der Gesellschaft für Konsumforschung in Nürnberg. Diese Analyse stellte erhebliche Hörerverluste beim 1. und 2. Rundfunkprogramm des WDR fest.

MONITOR muß Geißlers Gegendarstellung bringen

Das Oberlandesgericht Köln hat am 11. Januar 1985 die vom WDR gegen das Urteil des Landgerichts Köln eingelegte Berufung zurückgewiesen. Damit ist der WDR endgültig verpflichtet, die von Bundesminister Heiner Geißler verlangte Gegendarstellung in der nächsten MONITOR-Sendung abzugeben. Die Gegendarstellung, zu der der WDR bereits in der ersten Instanz vom Landgericht Köln verurteilt worden war, hat folgenden Wortlaut:

„In der MONITOR-Sendung vom 13. November 1984 haben Sie sich mit dem Formaldehyd-Bericht befaßt, den das Bundesgesundheitsamt in Abstimmung mit dem Umweltbundesamt, der Bundesanstalt für Arbeitsschutz sowie der Senatskommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe abgefaßt hat.

In dieser Sendung erwecken Sie den Eindruck, ich hätte auf die Wissenschaftler der Bundesanstalten politischen Druck ausgeübt, um die Einstufung von Formaldehyd im Interesse der Wirtschaft als nicht krebserzeugend zu erreichen.

Dieser Eindruck ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß ich weder persönlich noch durch die Mitarbeiter meines Ministeriums, insbesondere auch nicht durch den Staatssekretär, irgendwelchen Einfluß auf das Ergebnis genommen oder durch politischen Druck das Ergebnis beeinflusst habe.

Im übrigen habe ich wiederholt im Zusammenhang mit Formaldehyd erklärt, daß die Bundesregierung dem Gesundheitsschutz den Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen einräumt.

Die Kosten des Rechtsstreits hat der Antragsgegner zu tragen“.

■ BUNDESWEHR

Wehrpflichtige künftig früher über den Zeitpunkt ihrer Einberufung unterrichten

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat für dieses Jahr einen Versuch angeordnet, der das Ziel hat, Wehrpflichtigen wesentlich früher als bisher Klarheit über ihre Einberufung zur Bundeswehr zu verschaffen.

Nach dem bisherigen Verfahren teilte die Truppe den Kreiswehrrersatzämtern ihren Bedarf an Grundwehrdienstleistenden etwa acht bis zehn Wochen vor dem jeweiligen Einberufungstermin mit. Für den Einberufungstermin 1. April 1985 hat sie das bereits 16 Wochen vorher getan; vom Einberufungstermin Juli 1985 an wird die Truppe 50 Prozent ihres Bedarfs (rd. 25 000 Wehrpflichtige) weitere elf Wochen früher anmelden.

Das neue Verfahren ermöglicht es den Kreiswehrrersatzämtern, sehr frühzeitig verbindliche Auskünfte zur Einberufung zu geben. Jeder zweite Grundwehrdienstpflichtige, der einberufen werden soll, wird das künftig sechs Monate vorher erfahren. Das erleichtert den Wehrpflichtigen ihre persönlichen und beruflichen Planungen. Der Versuch soll auch darüber Aufschluß geben, ob es weiterhin möglich ist,

— der Truppe in ausreichender Zahl Wehrpflichtige zuzuführen, die für die vorgesehene Verwendung gut geeignet sind,
— Wünsche der Wehrpflichtigen zur Ver-

wendung in der Truppe angemessen zu erfüllen,

— die Wehrpflichtigen weitgehend heimatnah einzuberufen.

Allerdings werden auch bei dem neuen Verfahren kurzfristige Einberufungen dann erforderlich sein, wenn bereits einberufene Wehrpflichtige kurz vor dem Dienst Eintrittstermin ausfallen.

Zur Eingliederung ausscheidender Soldaten auf Zeit in das Zivil- und Berufsleben erklärt der zuständige Berichterstatter der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU, Bernd Wilz:

Längerdienenden Soldaten soll zukünftig der Übergang ins Berufsleben erleichtert werden. Der Verteidigungsausschuß hat auf Antrag der CDU/CSU dazu ein ganzes Bündel von Maßnahmen beschlossen.

Danach soll die Bundesregierung ausscheidenden Soldaten ein Dienstleistungszeugnis erstellen, das in Form, Inhalt und Sprache den Erfordernissen der freien Wirtschaft entspricht. Nur so ist zu erreichen, daß militärische Verwendungen, Ausbildungen und Tätigkeiten auch in der Industrie und im kaufmännischen Bereich beruflich offiziell anerkannt werden.

Die Bundesregierung wurde ferner aufgefordert sicherzustellen, daß längerdienenden Soldaten bei Anstellung und Beförderung im öffentlichen Dienst ihre Grundwehrdienstzeit angerechnet wird. Sie soll außerdem überprüfen, ob das Angebot an Stellen für längerdienende Soldaten im öffentlichen Dienst noch dem Bedarf entspricht.

Außerdem wird die Bundesregierung aufgefordert, keine weiteren Bundeswehrfachschulen zu schließen. Das flächendeckende Netz der Bundeswehrfachschulen muß aufrechterhalten werden, um Soldaten und ihren Familien keinen zusätzlichen Umzug am Ende ihrer Dienstzeit zuzumuten.

■ AUSSIEDLER

Noch immer warten viele Deutsche auf ihre Ausreisebewilligung

Die Zahl der Aussiedler aus ost- und südosteuropäischen Ländern hat trotz restriktiver Haltung der sowjetischen und polnischen Regierung auch im Jahre 1984 eine beachtliche Größenordnung erreicht. Im Grenzdurchgangslager Friedland und in der Durchgangsstelle für Aussiedler in Nürnberg sind bis zum Jahresende fast 36 500 deutsche Aussiedler aufgenommen worden.

Sie stammen hauptsächlich aus folgenden Herkunftsländern:

— Polnischer Bereich	17 455
— Rumänien	16 553
— Sowjetunion	913
— Tschechoslowakei	963
— Ungarn	286
— Jugoslawien	190
— sonstige Gebiete	19
— über das westliche Ausland	80

Der seit 1977 festgestellte ständige Rückgang der Zahl der Aussiedler aus der Sowjetunion gibt weiterhin Anlaß zur Besorgnis.

Die bedrückende Situation spiegelt sich in der Zahl der Aussiedler in den letzten Jahren. Durften noch 1980 6954 Deutsche aus der Sowjetunion zu uns kommen, so waren es 1981 nur 3773, 1982 2071, 1983 1447 und 1984 schließlich noch 913 Personen. Die Bundesregierung wird der sowjetischen Regierung immer wieder verdeutlichen, daß sie an dem besonders schweren Schicksal der Rußlanddeutschen weiterhin Anteil nimmt und die Verwirklichung ihrer Aussiedlerwünsche fordert, erklärte Staatssekretär Horst Waffenschmidt in Bonn. Mit Sorge beobachtet

die Bundesregierung, daß die polnischen Behörden seit Anfang 1984 immer weniger Aussiedlergenehmigungen erteilen.

Dem Deutschen Roten Kreuz sind aktuelle Ausreisebegehren von vielen zehntausend Deutschen im polnischen Machtbereich namentlich bekannt. Die polnische Regierung hat in der Vergangenheit ausdrücklich erklärt, sie stehe auf dem Standpunkt, daß Personen, die aufgrund ihrer unbestreitbar deutschen Volkszugehörigkeit in einen der beiden deutschen Staaten auszureisen wünschen, dies unter Beachtung der in Polen geltenden Gesetze und Rechtsvorschriften tun können. Sie sollte zur Kenntnis nehmen, daß trotz der Erfüllung des zahlenmäßigen Teils des deutsch-polnischen Ausreiseprotokolls vom 9. Oktober 1975 auch zu Beginn des Jahres 1985 noch eine große Zahl von Deutschen auf ihre Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland wartet. Die Bundesregierung wird in ihren Bemühungen, auch diesen Landsleuten die Ausreise zu ermöglichen, nicht nachlassen.

Die Zahl der Aussiedler aus Rumänien hat mit 16 553 die des Jahres 1983 mit seinerzeit 15 501 Personen noch einmal überstiegen. Damit verläuft die Aussiedlung aus Rumänien zahlenmäßig weiterhin zufriedenstellend.

Die Bundesregierung wird ihrer Pflicht, ausreisewilligen Deutschen bei der Verwirklichung ihrer Pläne zu helfen, immer und mit großer Entschlossenheit nachkommen. Jede Möglichkeit, Ausreiseerleichterungen für Deutsche in den Ländern Ost- und Südosteuropas zu erreichen, wird sie ausschöpfen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

ZITATE

Aufgalopp

Vier Monate vor der wichtigsten Landtagswahl des Jahres 1985 hat die nordrhein-westfälische CDU ihr Programm für die Wahl am 12. Mai vorgestellt. Die CDU Nordrhein-Westfalen will in Zukunft ganz auf die Modernisierung unseres Landes setzen, die neuen Techniken nutzen, unternehmerischen Wagemut fördern sowie Marktwirtschaft und Umweltschutz verschöneren. Durch eine Sanierung der maroden Landesfinanzen sollen außerdem Freiraum für notwendige Investitionen geschaffen und neue Impulse für die Überwindung der Beschäftigungskrise ermöglicht werden.

Dieses Angebot an die rund zwölf Millionen Wähler an Rhein und Ruhr ist durchdrungen von jenem Optimismus, den die Demoskopien nach den zurückliegenden Krisenjahren zum Jahreswechsel in der Bevölkerung registriert haben wollen. Es setzt auf Wachstum, Marktwirtschaft und den Leistungswillen der Bürger und formuliert schroffe Absagen an die Philosophen des Pessimismus und der allgemeinen Misere. Mit diesem klaren Kurs will die CDU die Talfahrt Nordrhein-Westfalens

bremsen und das immer deutlicher werdende Süd-Nord-Gefälle einebnen.

Rheinische Post, 9. Januar 1985

Krisengeständnis

Parteien, die sich über Nacht in die Opposition gedrängt sehen, bekämpfen ihre Frustrationen, indem sie sich mit Konzepten und Papieren beschäftigen. Solche Konzeptpapiere sind aber nun einmal Kataloge eigener Mängel.

Wenn SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz meint, seine Partei sei nicht mehr genug „kampagnefähig“, dann bedeutet dies, daß es ihr an Themen fehlt, mit denen sie Massen mobilisieren kann. Bei der Arbeitszeitverkürzung hatte es die SPD, Seite an Seite mit den Gewerkschaften, versucht. Der Erfolg war mäßig, wenn es denn überhaupt ein Erfolg war.

Der SPD fehlen die Themen — oder die Wortführung haben andere übernommen. In der Friedens-, der Frauenbewegung oder beim Umweltschutz meldet sich die Sozialdemokratie zu Wort. Sie kann aber den Eindruck nicht verhindern, daß die Köpfe dieser Bewegung Alternative, Grüne oder extrem Linke sind. Daran liegt ja auch die doppelte Problematik, daß die Opposition in Bonn relativ schwach ist und daß die Jugend der Partei in Scharen davongelaufen ist. Das Glotz-Papier ist das Eingeständnis einer Krise.

Frankfurter Neue Presse, 11. Januar 1985

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UId